

KLIMA KOMPAKT



Hessische Landtagsmehrheit gegen Kraftwerksneubau

E.ON-Chef Bernotat steht im Wort

Aktivisten freigesprochen

**Juristischer Meilenstein für den Widerstand
gegen Kohle**

Germanwatch-Position zu CO₂-Abscheidung und -lagerung

**Kohlemoratorium, bis CCS sicher
funktioniert**

Kohledämmung

100 Organisationen der deutschen Klima-Allianz fordern gemeinsam ein Kohlememorandum. In Großbritannien spricht ein Gericht die Protestierenden frei, die nachts Parolen an den Schornstein schrieben - wegen der Gefahr, die von Kohlekraftwerken ausgeht. Zu Recht geraten Braun- und Steinkohle sowie die sie finanzierenden Institutionen ins Zentrum der Klimadebatte. Kein anderer Energieträger setzt pro Energieeinheit so viel CO₂ frei, keiner wächst - in absoluten Zahlen - schneller.

Joschka Fischer hat soweit Recht, dass wir bei weltweit 800 Kohlekraftwerken in Planung nicht so tun könnten, als verschwände die Kohle bald von der Bildfläche. Aber sein Vorschlag, Kohlekraftwerke schon jetzt zu genehmigen, "allerdings nur unter dem Vorbehalt ..., dass sie nachgerüstet werden müssen, sobald die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Lagerung verfügbar sei," hat drei Haken: Wir wissen noch nicht, ob diese CCS-Technologie hält, was sie verspricht. Die nachträgliche Nachrüstung mit CCS ist erheblich teurer. Und: ein solcher Vorbehalt stünde rechtlich auf tönernen Füßen.

Bis CCS sicher funktioniert und tatsächlich zwingend vorgeschrieben werden kann, brauchen wir ein Kohlememorandum. Erst bei verbindlicher Ausrüstung mit CCS, wenn die Kohle einigermaßen klimaverträglich ist, gibt es einen Wettbewerb auf gleicher Augenhöhe. Dann wird man sehen, ob die Kohle immer noch kostengünstiger als einige Erneuerbare-Energie-Technologien sein wird.

Christoph Bals

Hessische Landtagsmehrheit gegen Kraftwerksneubau

E.ON-Chef Bernotat steht im Wort

Auf der E.ON Hauptversammlung kündigte der Vorstandsvorsitzende der E.ON AG Dr. Wulf Bernotat Ende April an, einen Bau des Staudinger Kraftwerksblocks VI gegen den Willen des hessischen Landtages werde es nicht geben. Der hessische Landtag hat in seiner Sitzung vom 7. Mai mehrheitlich den Neubau abgelehnt. Dennoch hält E.ON am Bau fest. Wir dokumentieren die Aussagen im Wortlaut - eine Anfrage an die Glaubwürdigkeit des EON-Chefs.

Dr. Wulf Bernotat auf der E.ON Hauptversammlung am 30. April 2008 in Essen zur Frage des Neubaus von Block VI am Standort Staudinger bei Frankfurt:

„Und was die von ihnen zitierte Aussage von mir angeht, was den Ausbau gegen den Willen der Gesellschaft angeht, so ist das konkret auf die Politik natürlich hier gemünzt gewesen, nämlich die hessische Landespolitik. Wenn die hessische Landespolitik, in welcher Konstellation auch immer oder in welcher zukünftigen Regierung auch immer, das Kraftwerk ablehnt, dann können wir gegen diese politische Position eben das Kraftwerk nicht bauen. Und das ist meine Aussage und die steht auch.“

Es folgt ein Auszug des Antrags der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen „Eine neue Energie- und Klimaschutzpolitik in Hessen jetzt einleiten“, der vom hessischen Landtag am 5. Juni 2008 auf Empfehlung des Umweltausschusses mit absoluter Mehrheit angenommen wurde:

Der Landtag wolle beschließen: (...)

1. Der Landtag stellt fest: Die Entwicklung des Klimas, die laufende weltweite Verknappung der konventionellen Energierohstoffe und die damit verbundenen anhaltenden Preissteigerungen, die Gefährdung der Versor-

gungssicherheit, die Gesundheitsgefahren durch Emissionen sowie die bleibenden Großrisiken der Atomenergienutzung erfordern eine zügig einzuleitende und breit angelegte Umorientierung auf erneuerbare Energien und auf energiesparende und effiziente Energienutzungsformen.

2. Der Landtag stellt fest, dass das Bundesland Hessen (...) in der Förderung erneuerbarer Energien (Windkraft, Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft und Bioenergie) einen großen Nachholbedarf hat. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung liegt bei nur einem Drittel des Bundesdurchschnitts. (...)

6. Der Landtag spricht sich gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke am Standort Staudinger in Großkrotzenburg sowie auf der Ingelheimer Aue in Mainz aus, da sie den Klimaschutz- und Luftreinhalteinteressen des Landes Hessen und einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Energieversorgung widersprechen.

7. Der Landtag spricht sich für die Erstellung einer Gesamtbelastungsstudie für die Rhein-Main-Region aus. (...)

Quellen

Bernotat auf der E.ON Hauptversammlung in Essen am 30. April 2008:

www.youtube.com/watch?v=IoVG-O3x93g

Beschlussprotokoll des Landtags:

www.landtag.hessen.de/Dokumente/Plenarsitzungen/Beschlussprotokoll-9-10-11.pdf

Antrag:

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/17/1/00161.pdf>

Aktivisten freigesprochen

Juristischer Meilenstein für den Widerstand gegen Kohle

Im Oktober 2007 stiegen sechs britische Greenpeace-Aktivisten auf den 200m hohen Schornstein des E.ON-Kohlekraftwerks Kingsnorth. Ziel ihrer Aktion war es, in großen Buchstaben eine Botschaft an den britischen Premierminister auf den Kamin zu schreiben: „Gordon, bin it“ – frei übersetzt: Wirf es in den Müll, Gordon (Brown). „Gordon“ konnten Sie noch schreiben, dann wurden sie durch die Polizei gestoppt. Am 11. September 2008 wurden sie aufgrund einer Mehrheitsentscheidung der Jury freigesprochen. James Hansen, Direktor des NASA Goddard Institute of Space Studies, war für die Gerichtsverhandlung am Strafgerichtshof von Maidstone in Kent als Zeuge geladen und angereist. Seine Aussage vom 3. September 2008 trug maßgeblich zum Urteil der Jury bei. Das Gericht sah es als erwiesen und gerechtfertigt an, dass die Aktivisten versuchten, mit ihrer Aktion den Klimawandel abzumildern, der größeren Schaden weltweit verursachen wird. Es wird erwartet, dass nun vermehrt Aktivistengruppen die Begründung „lawful excuse“ (gesetzmäßige Rechtfertigung) anwenden werden.

Germanwatch übersetzt Auszüge aus dem Statement von James Hansen:

„ (...) Die hier zusammengefassten Tatsachen sind der britischen Regierung, dem Anlagenbetreiber E.ON, der fossilen Energieindustrie und den Angeklagten zur Zeit ihrer Aktionen in 2007 bekannt.

1. Tipping Points: Das Klimasystem ist gefährlich nahe an Tipping Points (Kipp-Punkten), die desaströse Konsequenzen für junge Menschen, Leben und Besitz und allgemein für das Wohlergehen auf diesem Planeten

haben können, dem Planeten, den die Jungen von den Alten erben werden.

2. Dominante Rolle der Kohle: Kohle ist der fossile Brennstoff, der am meisten zur zusätzlichen CO₂-Konzentration in der Atmosphäre beiträgt, und Kohlereserven enthalten viel mehr CO₂ als Öl- oder Gasvorkommen. Kohle ist der fossile Brennstoff, bei dem es am leichtesten möglich ist, a) das CO₂ abzuscheiden und zu lagern, wenn die Kohle in Kraftwerken verbrannt wird oder b) ihn im Boden zu belassen und statt dessen verstärkt auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu setzen.

3. Anerkannte Verantwortlichkeiten: Großbritannien ist eines der Länder, die am stärksten für die anthropogene CO₂-Konzentration in der Atmosphäre verantwortlich sind; bei Betrachtung des (historischen) Pro-Kopf-Ausstoßes ist es das Land mit der größten Verantwortung unter den großen Emittenten. Diese Tatsache wird sehr wohl von Entwicklungsländern wahrgenommen. Es wird somit unwahrscheinlich, dass sie in Erwägung ziehen, die Nutzung der Kohle zu verringern, wenn Großbritannien plant, seine Energieversorgung weiterhin auf die Kohle zu stützen.

4. Anerkannte Folgen des Klimawandels: Die britische Regierung, E.ON und die Fossile Energieindustrie waren sich der voraussichtlichen Konsequenzen der Fortsetzung von Kohle-Emissionen bewusst; insbesondere die Folgen für zukünftigen Meeresspiegelanstieg, Bedrohung von Tier- und Pflanzenarten und regionale Klimavariationen. Das heißt, sie waren sich alle bewusst, dass ihre Aktionen zu den genannten nachteiligen Effekten beitragen und einen verarmten Planeten für die heutige junge Generation und die

Ungeborenen zurücklassen.

5. Greenwashing: Regierungen, Anlagenbetreiber und die fossile Energiewirtschaft haben sich öffentlich hingestellt und die Wichtigkeit des Klimawandels betont und behauptet, sie unternähmen angemessene Gegenmaßnahmen. Doch die Fakten, die in diesem Dokument aufgeführt werden, widerlegen ihre Behauptungen. Der Bau neuer Kohlekraftwerke macht es unrealistisch, auf den raschen Ausstieg aus der Kohleverstromung zu hoffen. Dieser Nicht-Ausstieg macht es nahezu unmöglich, Klimadesaster für die junge Generation und zukünftige Generationen zu verhindern.

Das Erkennen dieser Grundlagenfakten durch die Angeklagten, die Einsicht, dass diese Fakten auch der Regierung, den Anlagebetreibern und der fossilen Energieindustrie bekannt waren und die Erkenntnis, dass keine Maßnahmen ergriffen wurden, um Leben und Besitz der gegenwärtigen und der kommenden Generationen zu schützen, spielten unzweifelhaft eine Rolle in der Entscheidung der Angeklagten zu handeln, wie sie gehandelt haben.“

Quelle (Statement von James Hansen):
www.columbia.edu/~jeh1/mailings/20080910_Kingsnorth.pdf

Meldung der Presseagentur Reuters:
<http://uk.reuters.com/article/topNews/idUKLA34747320080910?sp=true>

Greenpeace-Dokumentation des Verhandlungsverlaufs und Hintergrundinformation zu Kingsnorth:
www.greenpeace.org.uk/tags/kingsnorth

Germanwatch-Position zu CO₂-Abscheidung und -lagerung

Kohlemoratorium, bis CCS sicher funktioniert

Die weltweiten energiebedingten CO₂-Emissionen hatten in den letzten zehn Jahren ein höheres Wachstum, als dies selbst das pessimistischste Referenz-Szenario des IPCC aufwies. Der Hauptgrund dafür ist die Renaissance der Kohle. Wenn in den nächsten Jahren – wie geplant – Hunderte neuer konventioneller Kohlekraftwerke errichtet werden, laufen wir sehenden Auges auf eine gigantische Klima-Destabilisierung zu. Die Nutzung der Kohle als Übergangstechnologie kann deshalb nur eine Zukunft haben, wenn sie mit der Abscheidung und sicheren Lagerung von CO₂ verbunden ist.

Germanwatch legt im Folgenden seine am 12.9. präzisierte Position zu CO₂-Abscheidung und -lagerung (CCS) dar.

Derzeit sind weltweit etwa 800 neue Kohlekraftwerke in Planung. Wenn auch nur ein Bruchteil davon ohne CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage) gebaut wird, sind alle ernsthaften Klimaschutzziele zum Scheitern verurteilt. Oberste Priorität muss darauf liegen, massiv die Energieeffizienz voranzutreiben und beschleunigt den Pfad zu einer hundertprozentigen Versorgung mit Erneuerbaren Energieträgern einzuschlagen. Nur dann kann CCS - wenn es hält, was es verspricht - als Brückentechnologie ein sinnvoller Baustein einer Strategie auf dem Weg ins Solarzeitalter sein. In einer solchen Strategie

ist die Entwicklung von CCS dann aber ein notwendiger Schritt, um die Möglichkeit offen zu halten, die globale Erwärmung noch unter zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Die Zeit drängt, um die Belastbarkeit der neuen Technologie zu testen. Dazu werden jetzt Demonstrationsanlagen gebraucht. Abgesehen von solchen Anlagen fordert Germanwatch aber aktuell ein Moratorium für den Bau neuer Kohlekraftwerke, bis der Nachweis gebracht ist, dass CCS funktioniert und bis die Technologie für alle Kohlekraftwerke verbindlich vorgeschrieben ist. Insbesondere die Sicherheit der dauerhaften Lagerung muss gewährleistet sein.

Ein anderer wichtiger Aspekt: Die Wettbewerbsfähigkeit von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienztechnologien auf der Nachfrageseite ist gegenüber mit CCS aus- bzw. nachgerüsteten Kohlekraftwerken wesentlich größer als gegenüber konventionellen.

Nicht hereinfallen dürfen wir auf die Strategie, jetzt nachrüstbare ("CCS-ready") Kohlekraftwerke zu bauen. Viele Akteure betreiben dies, um heute Legitimation für Kohlekraftwerke zu schaffen, und nachher wegen der hohen Kosten dann doch nicht nachzurüsten. Denn eine Nachrüstung ist wesentlich teurer als Ausrüstung beim Neubau.

Es muss daher befürchtet werden, dass die vielen neu in Betrieb gehenden

Kraftwerke trotz des Geredes über "CCS-ready" für 40 oder sogar 60 Jahre lang Strom mit unverantwortlich hohem CO₂-Ausstoß produzieren würden. Doch in Deutschland und anderswo muss vermieden werden, dass wir uns in einer Position einbauen, aus der ernsthafter Klimaschutz nur noch bei frühzeitiger und teurer Stilllegung der Kraftwerke oder ökonomisch unrentabler Nachrüstung zu erreichen ist. Eine solche Strategie der Kapitalvernichtung würde erheblichen Widerstand in Deutschland gegen Klimaschutz und weitergehende Reduktionsziele bis zum Jahr 2050 vorprogrammieren. Der Weg in eine gigantische Klima-Destabilisierung wäre damit bereits heute bereitet.

Wirklich sinnvoll ist die Entwicklung von CCS allerdings nur, wenn sie mit einer Strategie gekoppelt wird, diese Technologie möglichst bald auch in kohlereichen Schwellenländern einzuführen – hier ist selbst bei massiver Weichenstellung für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien das größte Wachstum des Kohleeinsatzes zu erwarten. Die Bereitschaft Südafrikas zu einer solchen Strategie ist ein erstes deutliches Signal des Umdenkens in diesen Staaten. Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die bei Technologieentwicklung und -transfer sowie Kapazitätsaufbau in Schwellenländern eine Vorreiterrolle übernehmen können.

Redaktion

Stefan Rostock, Manfred Treber (V.i.S.d.P.), Christoph Bals, Sven Harmeling, Jan Burck, Gerold Kier, Klaus Milke

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG,
BLZ 100 205 00, Konto Nr. 32 123 00

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:

www.germanwatch.org/kliko

Dieses Projekt wird gefördert durch:

**Umwelt
Bundes
Amt**
Für Mensch und Umwelt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.